



Metis

Studie

Sicherheitskomplex östlicher Mittelmeerraum – Eskalation oder Entspannung?

Nr. 29 | September 2022

Metis Studien geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor*innen gerichtet werden.

**Institut für
Strategie & Vorausschau**

Zusammenfassung

Das östliche Mittelmeer ist die Achillesferse von Europäischer Union (EU) und NATO. In der Region wird die politische Kohäsion der westlichen Allianz, die sicherheitspolitische Eigenständigkeit Europas sowie die energiepolitische Resilienz der EU auf die Probe gestellt. Die Studie konzentriert sich

auf den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei in der Ägäis, der die Komplexität der sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region verdeutlicht. Sie zeigt sicherheitspolitische Entwicklungen auf und leitet mögliche Handlungsempfehlungen ab.

Geopolitische Einordnung des östlichen Mittelmeers

Das Mittelmeer dient sowohl als natürliche, als auch als politische und kulturelle Grenze zwischen dem europäischen, afrikanischen und asiatischen Kontinent. Es stellt die Außengrenze der EU- und NATO-Staaten dar, trennt Demokratien von hybriden oder autoritären Regimen und entwickelte Dienstleistungsgesellschaften von Schwellenländern mit wachsender Bevölkerung. Auch sicherheitspolitisch ist das Mittelmeer eine geostrategische Schlüsselregion für die EU. Als Binnenmeer verbindet es den Atlantik mit dem Indischen Ozean und ermöglicht den Zugang zum Schwarzen Meer. Darüber hinaus stellt es aufgrund seiner Bedeutung als primärer Seehandelsweg von Asien nach Europa und seiner signifikanten Vorkommen an natürlichen Ressourcen eine wichtige Quelle für die künftige energiepolitische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklung Europas dar. Das östliche Mittelmeer rückt dabei, aufgrund des Suez-Kanals, den Dardanellen und als Kreuzung von drei Kontinenten besonders in den Vordergrund. Seit 2015 stellt es die primäre Route für Kriegsflüchtlinge und Migranten aus Afrika und Asien dar. Die geopolitische Bedeutung stieg im Lichte des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022 weiter. Die Region nimmt bei dem Versuch der europäischen Staaten, die Abhängigkeit von russischer Energie, die energiepolitische Sensitivität und ökonomische Vulnerabilität nachhaltig zu reduzieren, eine Schlüsselposition ein. Auch für die Eindämmung russischer maritimer Aktivitäten im Sinne einer *Anti-access Area Denial* ist das östliche Mittelmeer

relevant. Am Beispiel der Ägäis und dem einseitigen Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland wird erörtert, wie der systemische Konflikt zwischen Demokratien und Autokratien, der Kampf um Interessensphären, Ressourcen, regionale Hegemonien und hybride Bedrohungen in der Region dominieren und damit die politische, ökonomische und sicherheitspolitische Stabilität in Europa bedrohen.

Ägäis – der Status quo

Seit Dekaden wurden ohne Erfolg diplomatische Bemühungen eingeleitet, um den Konflikt in der Ägäis zu lösen und so den Weg für den EU-Beitritt der Türkei zu ebnen. Der Hauptgrund für den ausbleibenden Erfolg ist die Komplexität des Ägäis-Konflikts: Er besteht aus verschiedenen sich überschneidenden Territorial-, Luftraum- und See-streitigkeiten. Zudem hat sich die türkische Position seit 1958 mehrfach geändert, indem immer weitere Forderungen gestellt und neue Interpretationen der bestehenden Verträge vorgetragen wurden. Der Grenzverlauf zwischen Griechenland und der Türkei ist ein Ergebnis der beiden Balkankriege (1912–1913) sowie des Griechisch-Türkischen Krieges (1919–1923). Als Reaktion auf die Zerschlagung des Osmanischen Reiches formierte sich in Ankara eine Gegenregierung unter Kemal Atatürk, um die Gebietsverluste des Sèvres-Vertrags zu revidieren. Der Griechisch-Türkische Krieg endete mit der Gründung der türkischen Republik und dem Friedensvertrag von Lausanne 1923, der die aktuellen Staatsgrenzen demarkiert. Für die Ägäis sieht der Vertrag gemäß Artikel 12 vor, dass abgesehen

von den Inseln Tenedos (Bozcaada), Imbros (Gökçeada), alle Inseln die über drei Seemeilen vom türkischen Festland entfernt sind, griechisches Staatsgebiet sind. Um den Frieden zu wahren, verpflichtete sich Griechenland gemäß Artikel 13 auf Lesbos, Chios, Samos und Nikaria keine Marinestützpunkte und keine Befestigungen zu errichten, kein türkisches Territorium zu überfliegen sowie Streitkräfte auf diesen Inseln zu beschränken. Im Gegenzug untersagt der Vertrag der Türkei Überflüge über besagte Inseln. Bezüglich der südlichen Ägäis (Dodekanes) sieht Artikel 15 vor, dass die Türkei zu Gunsten Italiens auf alle Rechte und Ansprüche auf die Inseln Stampalia, Rhodos, Calki,

Scarpanto, Casos, Tilos, Nisyros, Kalymnos, Leros, Patmos, Lipso, Symi, Kos und die davon abhängigen Inseln sowie die Insel Kastelorizo verzichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Inseln der Dodekanes im Vertrag von Paris 1947 von Italien an Griechenland übertragen. Gemäß Artikel 14 verpflichtete sich Griechenland gegenüber Italien und Großbritannien dazu, diese Inseln zu entmilitarisieren. Im Zuge der weiteren Kodifikation des Seerechts wurde 1958 das Übereinkommen über den Festlandssockel (*Convention on the Continental Shelf, CCS*) und 1982 das UN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ; *United Nations Convention on the Law of the Sea, UNCLOS*) verabschiedet. Beide Staaten erweiterten daraufhin ihre Hoheitsgewässer von drei auf sechs Seemeilen.

Konträre völkerrechtliche und politische Positionen

Die türkische Position konzentriert sich auf eine bilaterale Lösung und betont die bestehenden Verträge, folgt aber einseitigen Interpretationen bestimmter Artikel. Obwohl die Türkei weder der CCS noch der UNCLOS beigetreten ist und die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs (IGH) ablehnt, stützt sich ihre Position zur Abgrenzung des Festlandssockels auf das CCS, indem sie auf besondere Umstände bei der Abweichung von der Mittellinie sowie auf IGH-Urteile verweist, die diese Regel anwenden. Die Türkei argumentiert, dass die griechischen Inseln auf dem türkischen Festlandssockel liegen. Bei der Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ; *Exclusive Economic Zones, EEZ*) sollten daher die griechischen Inseln unberücksichtigt bleiben und die EEZ entlang des 25. Meridians in der Mitte der Ägäis angelegt werden. Die Türkei fordert außerdem, dass die Insel Kastelorizo (etwa 150 km östlich von Rhodos) von der Abgrenzung ausgenommen werden sollte, da sie zu klein und zu weit vom Festland entfernt sei und den türkischen Zugang zum östlichen Mittelmeer blockiert. Darüber hinaus wird die beabsichtigte Ausdehnung der griechischen Hoheitsgewässer von sechs auf zwölf Seemeilen gemäß UNCLOS von der Türkei als *Casus Belli* betrachtet. Damit würde die griechische Ägäis 71,5%

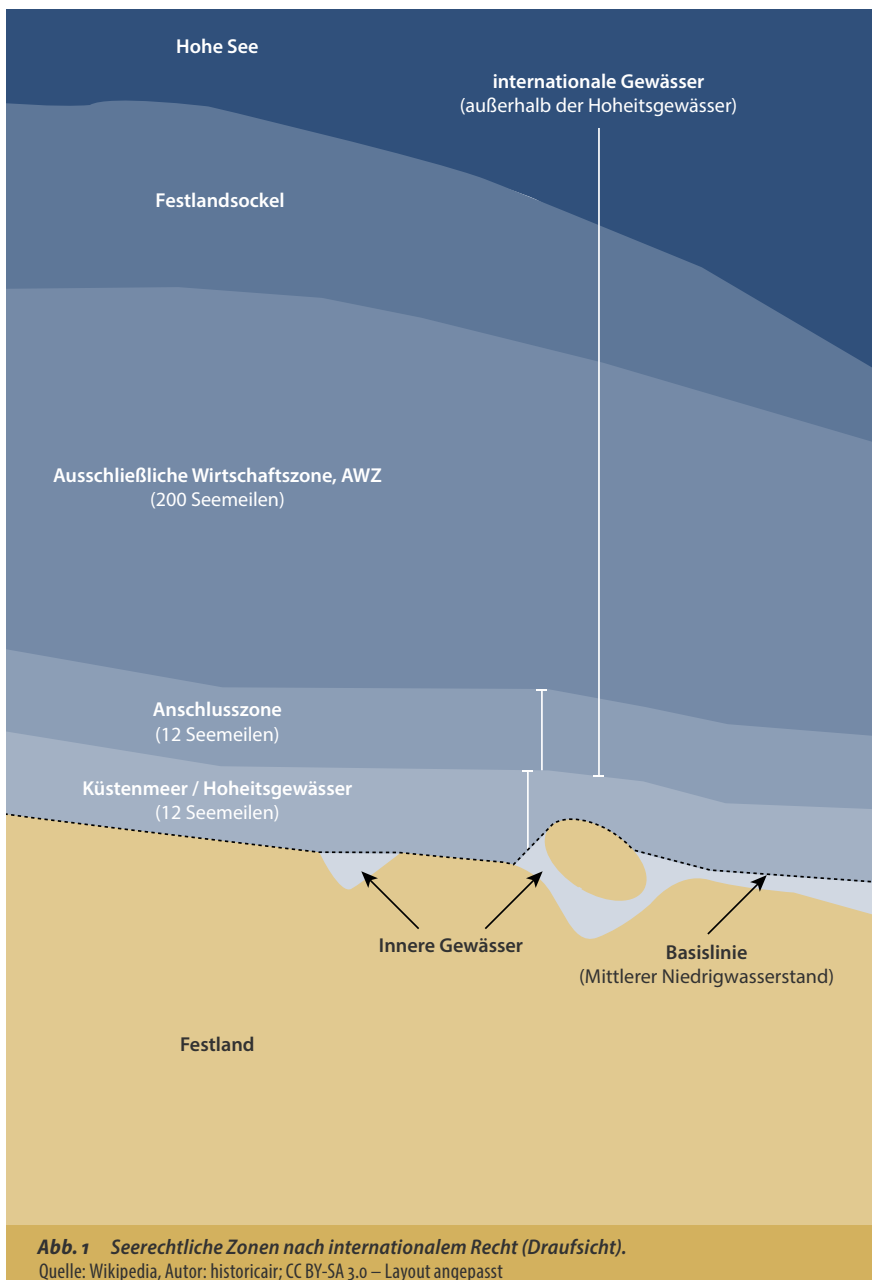
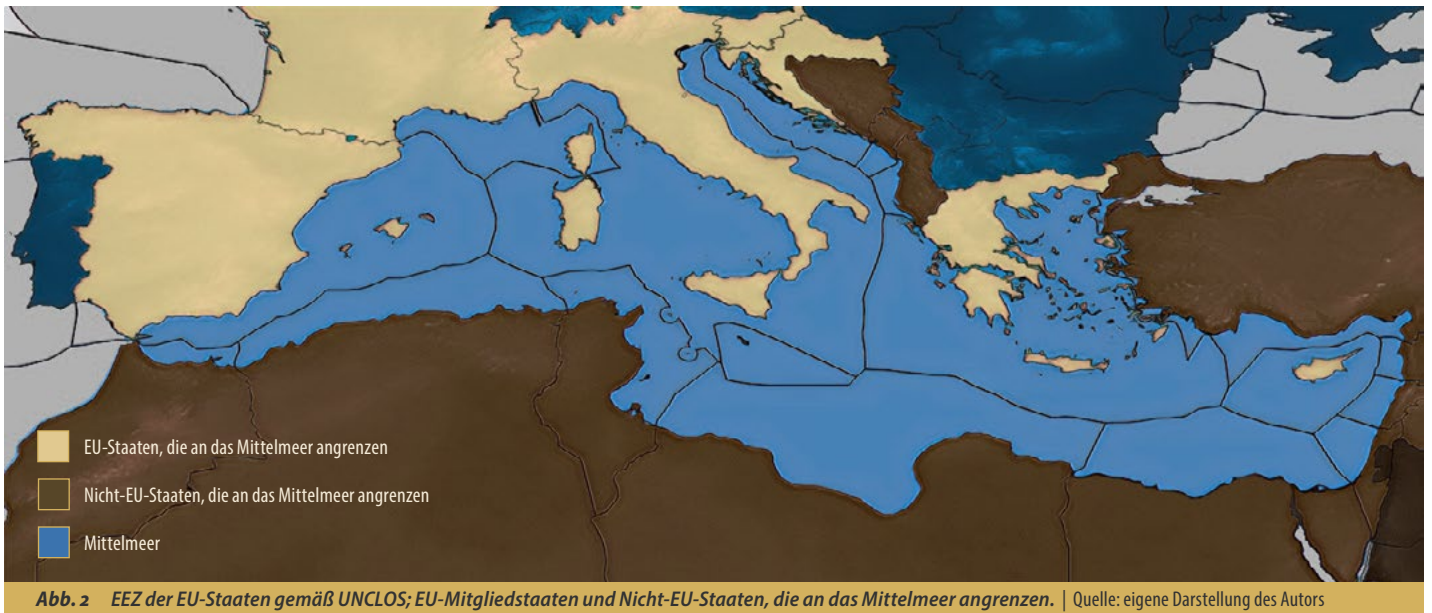


Abb. 1 Seerechtliche Zonen nach internationalem Recht (Draufsicht).
Quelle: Wikipedia, Autor: historicaire; CC BY-SA 3.0 – Layout angepasst



umfassen und der Türkei nur 8,8% zugestehen, wobei 19,7% als Hochsee verbleiben. Dies wäre eine ungerechte Aufteilung, was die Türkei zu verhindern versucht. Wie

Abb. 2 zeigt, würde eine griechische und zypriotische EEZ bei strenger Auslegung der UNCLOS die türkische EEZ im Mittelmeer erheblich einschränken.

Für die Türkei sind mehrere kleine Inseln entlang der türkischen Küste und südlich von Kreta „Grauzonen“, da die Souveränität in den Jahren 1923 und 1947 nicht namentlich an Griechenland übertragen wurde. Die Türkei veröffentlichte 2006 zudem die Doktrin „Blaue Heimat“ (*Mavi Vatan*), welche ihre Ansprüche auf eine größere EEZ untermauert (vgl. Abb. 3). Besonders dabei ist, dass sie den griechischen Inseln Hoheitsgewässer und EEZ abspricht, da diese auf dem türkischen Festlandsockel liegen. Um die *Mavi Vatan* Forderung zu untermauern, zeichnete Ankara mit der libyschen Regierung 2020 ein Memorandum über die Delimitation der maritimen Grenzen, die die Existenz größerer griechischer Inseln wie Rhodos und Kreta vollständig ignoriert.



Abb. 3 „Blaue Heimat“ (*Mavi Vatan*). Türkische EEZ im Schwarzen Meer und östlichen Mittelmeer.
Quelle: Wikipedia; Autor: Cihat Yaycı; CC BY-SA 4.0



Des Weiteren streitet die Türkei Griechenland die Souveränität der östlichen griechischen Ägäis-Inseln seit 2020 ab, da diese aus ihrer Sicht gemäß Vertrag von Lausanne und Vertrag von Paris entmilitarisiert werden müssten, Griechenland aber Streitkräfte auf den Inseln unterhält. Aus Sicht Ankaras sei die Souveränität an Griechenland nur unter der Konditionalität der Entmilitarisierung übergegangen, so dass nun die Souveränität in Frage gestellt werden könne. Die griechischen Streitkräfte auf den Inseln werden zudem als direkte Bedrohung der türkischen Westküste verstanden. Seit 2020 mündeten diese Forderungen in offene Kriegsdrohungen gegenüber Griechenland.

Griechenland, das Vertragspartei beider Verträge ist, argumentiert gemäß CCS und UNCLOS, dass alle bewohnten Inseln Anspruch auf Hoheitsgewässer und eine EEZ haben. Darüber hinaus beansprucht Athen, unter Berufung auf die Chicago Konvention über Zivilluftfahrt, derzeit einen nationalen Luftraum von zehn Seemeilen und generiert dadurch einen Präzedenzfall, indem der nationale Luftraum die Hoheitsgewässer um vier Seemeilen übertrifft. Dieser Präzedenzfall entsteht vor allem wegen der Kriegsdrohung der Türkei für den Fall, dass Griechenland seine Hoheitsgewässer in der Ägäis auf zwölf Seemeilen erweitert. Athen strebt eine Ausdehnung an, hat diese im Ionischen Meer 2021 umgesetzt und vertritt den völkerrechtlichen Grundsatz der Äquidistanz-Mittellinie für die Abgrenzung von Hoheitsgewässern und EEZ. Zudem fordert Athen Ankara auf, den seit 1996 bestehenden *Casus Belli* zu widerrufen. Als Reaktion auf das türkisch-libysche Memorandum hat Griechenland 2021 seine EEZ südlich von Kreta und Rhodos mit Ägypten demarkiert. Um den Konflikt zu lösen, strebt Griechenland eine Schlichtung durch den IGH vor, dies wird aber von Ankara abgelehnt. Hinsichtlich der türkischen Forderung nach Entmilitarisierung der östlichen Ägäis verweist Athen darauf, dass der Lausanne Vertrag Limitationen vorsieht, die eingehalten werden. Zudem habe die Montreux Konvention von 1936 diese Limitationen ersetzt. Der Vorwurf einer Bedrohung der Türkei durch die begrenzten Einheiten auf den griechischen Inseln wird als Vorwand einer Kriegsursache abgelehnt. In den Dodekanes, die einer Entmilitarisierung obliegen, wird auf *res inter alios acta* (lat. Dinge, getan zwischen Dritten) verwiesen, da die Türkei keine Vertragspartei sei. Zudem beruft sich Athen auf das Selbstverteidigungsrecht gemäß Artikel 51 der UN-Charta, da bewohnte Inseln regelmäßig von türkischen Jets überflogen werden und die Türkei in Izmir die größte amphibische Landungsflotte der NATO unterhält.

Zwischenstaatlicher militarisierter Disput und hybride Bedrohungen

Der komplexe Souveränitätskonflikt über Inseln, EEZ und Festlandsockel belastet die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei seit den 1970er Jahren. In

Kombination mit dem Zypern-Konflikt handelt es sich schon jetzt um einem *Frozen Conflict*. Bereits 1987 in der Sismik-Krise und 1996 mit der Imia-Krise eskalierten die Spannungen bis kurz vor die Schwelle eines Krieges. Der Konflikt wird durch tägliche Scheingefechte zwischen Kampffjets, Überflüge bewohnter und unbewohnter Inseln durch türkische Jets, sowie Kollisionen von Schiffen der Küstenwache deutlich. Laut griechischen Meldungen an die NATO finden jedes Jahr tausende Verletzungen des griechischen Luftraums statt. Auch wenn ein Teil auf die unterschiedlichen Luftraumansprüche zurückzuführen sind, so betrifft eine beachtliche Anzahl dennoch den Überflug bewohnter griechischer Inseln durch türkische Jets. Seit 2019 entsendet die Türkei jährlich Forschungsschiffe zur Exploration von Gasvorkommen in die griechische EEZ. Dies hat bereits mehrmals zu Zwischenfällen zwischen den Marinen der beiden NATO-Staaten bis hin zu Kollisionen von Kriegsschiffen geführt. Eine Eskalation konnte nur durch Vermittlung Deutschlands, Frankreichs und den USA verhindert werden. Weitere Explorationen türkischer Forschungsschiffe in griechischen Gewässern samt Geleit von Kriegsschiffen sind für 2022 und 2023 geplant. Auch steigt die Anzahl türkischer oder in türkischem Besitz befindlicher Schiffe, die des Menschenhandels und Waffenschmuggels verdächtigt werden. Mehrere Zwischenfälle von türkischen Schiffen, die das Waffenembargo gegen Libyen zu umgehen versuchten, sich aber einer Inspektion durch die griechische Küstenwache widersetzen, machten in den letzten Jahren Schlagzeilen. Im Februar 2020 warf Griechenland der Türkei zudem nachweislich vor, den illegalen Grenzübertritt von tausenden Migranten als Mittel hybrider Kriegsführung zu forcieren. Vorausgegangen war eine Deklaration der türkischen Regierung, dass die Grenze zur EU offen sei. Busse brachten daraufhin zwangsweise Migranten an die griechisch-türkische Grenze. Lediglich die schnelle Reaktion des Grenzschutzes sowie das Eintreten des ersten Corona-Lockdowns konnten die Krise beilegen. Als Reaktion errichtete Athen eine Mauer entlang der Grenze.

Auch die Rhetorik der Erdogan-Regierung gegenüber Athen hat sich seit 2019 zunehmend verschärft. Nahezu wöchentlich kündigt Ankara schwerwiegende Konsequenzen an, verweist auf die Überlegenheit relativer Machtverteilung oder droht offen mit der Invasion von Inseln. Die Türkei fordert vor allem die vollständige Entwaffnung der östlichen Ägäis, bezichtigt Griechenland der Misshandlung von Flüchtlingen und sieht die türkischen Minderheiten in Thrakien als unterdrückt an. Auch hier folgt die Türkei neuerdings Desinformationsansätzen, die jenen Russlands gleichen und versucht Parallelnarrative zu etablieren, um Griechenland und die EU zu diskreditieren. Auch wird Athen von Ankara, seit den US-Sanktionen wegen des Kaufs der russischen S-400 Flugabwehr und deutlicher Kritik mehrerer EU-Staaten

hinsichtlich der aggressiven Außenpolitik der Türkei, als Marionette Washingtons, Paris und Berlins bezeichnet. Seenot von Migranten sowie *Pushbacks* werden als Indiz für die Rechtlosigkeit der EU gewertet, ohne auf die *Pushforwards* durch die türkische Küstenwache einzugehen. Überhöht werden auch historische Narrative vergangener osmanischer Größe, oftmals verbunden mit der Forderung, der Westen müsse mit der Türkei auf Augenhöhe verhandeln und ihr Respekt zollen.

Griechenland und die EU haben bisher meist zurückhaltend auf türkische Forderungen, Provokationen und Grenzverletzungen reagiert. Die Einseitigkeit der Aggression und die immer neuen Forderungen der Türkei zwingen Griechenland zu politischen, diplomatischen und militärischen Gegenmaßnahmen. Athen setzt vor allem auf diplomatische Isolation Ankaras sowie auf Abschreckung, indem zahlreiche bilaterale Abkommen zur Verteidigungskooperation mit EU-Staaten, regionalen Partnern aber auch Schlüsselakteuren wie den USA, Israel

und Frankreich abgeschlossen wurden. Griechenland versucht, Rüstungsimporte der Türkei von EU- und NATO-Staaten durch Verweis auf die türkische Aggression zu verhindern. Nach Ausschluss der Türkei aus dem F-35-Programm strebt Griechenland beispielsweise an, die Modernisierung der türkischen F-16-Flotte zu verzögern. Darüber hinaus hat Athen erneut enorme Rüstungsvorhaben initiiert und neue Fregatten und Kampffjets der 4. und 5. Generation (Rafale und F-35) bestellt. Aufgrund der derzeitigen Eskalationsspirale, den Parlamentswahlen in der Türkei im Sommer 2023 sowie der ökonomischen und politischen Krise der Erdogan-Regierung ist aus Sicht Athens ein größerer militärischer Konflikt wahrscheinlicher geworden. Während Athen vor allem durch Internationalisierung des Konflikts die Abschreckungsfähigkeit zu steigern versucht und eine diplomatische Lösung anstrebt, drängt Ankara mit immer fragwürdigeren Anschuldigungen und Forderungen auf einen militärischen Zwischenfall; die Zeichen stehen auf Eskalation.

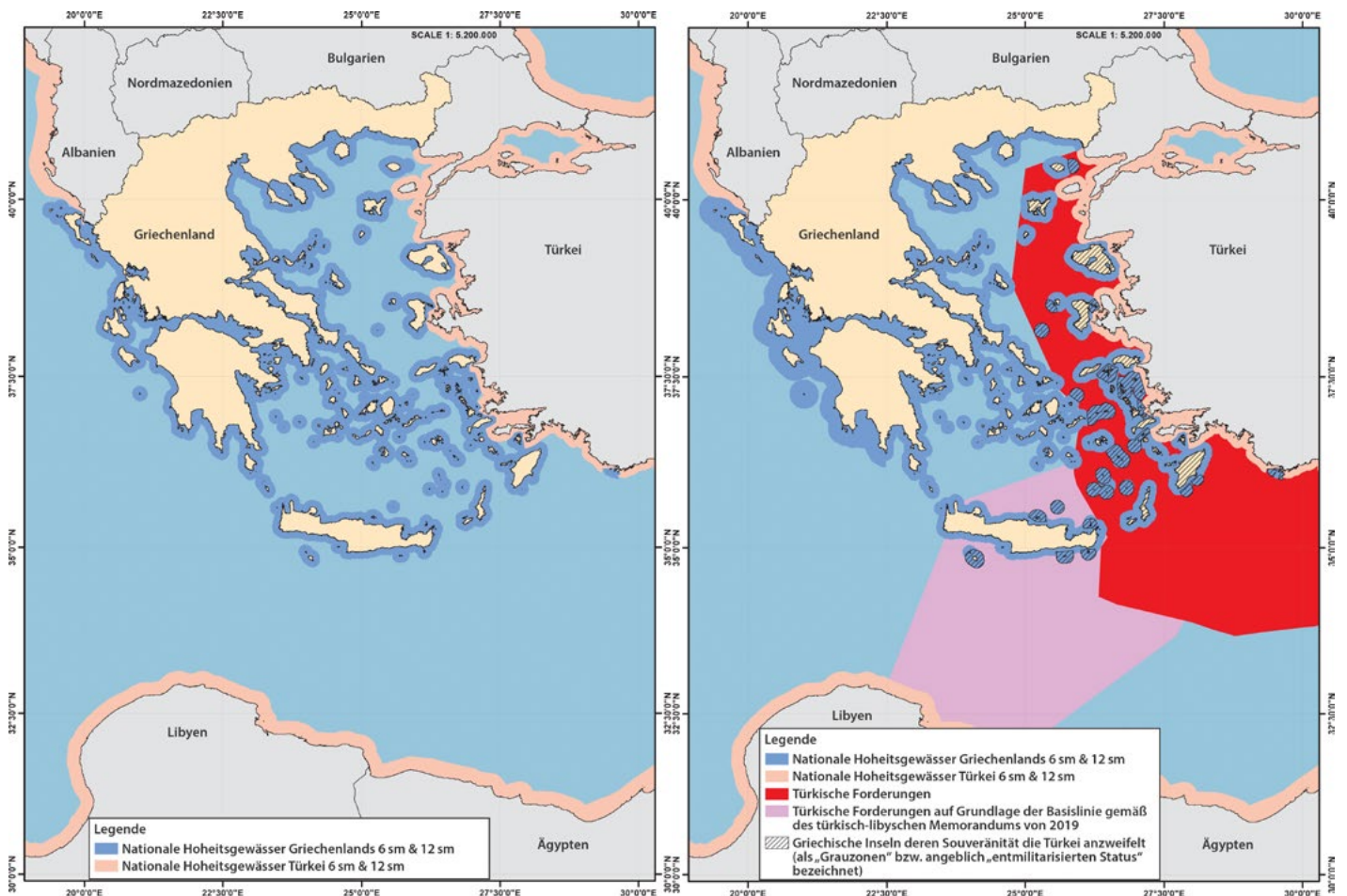


Abb. 4 Vergleichende Darstellung der Türkischen Forderungen 1972–2022. | Quelle: Griechisches Außenministerium, <https://tinyurl.com/yh5cxs3u>; Übersetzung des Autors



Geopolitische und sicherheitspolitische Implikationen

Der griechisch-türkische Konflikt steht beispielhaft für einen anhaltenden Wettbewerb zwischen Demokratien und autoritären Staaten über die Neuinterpretation der bestehenden Weltordnung, die Anwendbarkeit des Völkerrechts und die Funktionsfähigkeit westlicher Bündnisse und kollektiver Sicherheitsmechanismen. Ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Ägäis samt einer Ausweitung der hybriden Maßnahmen der Türkei hätte zahlreiche Auswirkungen auf Kohäsion und Resilienz der westlichen Bündnisse. Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine wäre dies ein schwerwiegender Schlag für den Zusammenhalt der NATO und die europäische Sicherheit sowie die aktuellen Bestrebungen die Energiesicherheit der EU-Staaten sicherzustellen.

Erstens verdeutlicht dieser Territorialkonflikt zwischen zwei NATO-Mitgliedsstaaten ein Kernproblem des westlichen Verteidigungsbündnisses: das Fehlen eines geeigneten Mechanismus zur internen Konfliktregulation. Die NATO ist in so einem Szenario gelähmt; ihre Unfähigkeit, den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei nachhaltig zu deeskalieren, kann von Russland und China als Blaupause für die Zukunft genutzt werden, um das Bündnis weiter zu schwächen. Darüber hinaus stehen die europäischen NATO-Staaten in einer rechtlichen Zwickmühle: sie müssten bei einem türkischen Angriff auf Griechenland gemäß Artikel 42 (7) des EU-Vertrags gegen ein NATO-Mitglied vorgehen.

Zweitens hat sich die Türkei bereits weitestgehend vom Westen entfremdet und weicht stark von den Positionen der NATO und der EU in Syrien und Libyen ab. Im Ukrainekrieg unterstützt sie offiziell Kiew, ohne sich an Sanktionen gegen Moskau zu beteiligen. Auch russische Waffentransfers und eine Verdoppelung der wirtschaftlichen Vernetzung haben die Türkei weiter in das russische Lager gezogen. Auch deswegen weigert sich Ankara, die westlichen Sanktionen gegen Russland zu unterstützen. Moskau nutzt dies, um mit Hilfe der Türkei Turbulenzen innerhalb der NATO zu schüren. Die Blockade des NATO-Beitritts Finnlands und Schwedens dient zwar vornehmlich der Durchsetzung türkischer Forderungen, jedoch profitiert primär Moskau von der Verzögerung. Auch die Aspirationen der Türkei, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit sowie den BRICS-Staaten beizutreten, signalisieren, dass Ankara offen nach Alternativen zur NATO und EU sucht.

Drittens hat der Ägäis-Konflikt weitere Auswirkungen auf die griechisch-türkische und europäisch-türkische Rivalität um Zypern und die potenzielle Ausbeutung natürlicher Ressourcen, während die Verknüpfung des Ägäis-Streits mit dem Zypern-Problem die politisch festgefahrene Situation weiter verschärft. Darüber hinaus behindert der Streit kooperative Grenzkontrollbemühungen zwischen den beiden Ländern in verschiedenen anderen

sicherheitsrelevanten Politikbereichen und ermöglicht es dem organisierten Verbrechen Aktivitäten im Bereich des Menschen- und Drogenhandels in der ägäischen Grenzregion auszuweiten.

Viertens zeigt die Unentschlossenheit der EU, frühzeitig auf äußere Aggressionen zu reagieren und potenzielle Doppelstandards zu unterbinden (zum Beispiel die Vernachlässigung der Rechtsstaatlichkeit und des Völkerrechts zu Gunsten wirtschaftlicher Interessen), dass die europäische Außenpolitik weiter gelähmt bleibt, obwohl der Ukrainekrieg verdeutlicht, dass frühzeitiges Handeln die Eskalation von Konflikten verhindern könnte. Der Ägäis-Konflikt ist insofern eine Generalprobe für die strategische Autonomie sowie die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der Union.

Fünftens haben sich die USA zunehmend abgewandt und ihre Truppenkontingente sowie Stützpunkte in der Türkei reduziert. Insbesondere Griechenland wird von den USA als strategischer Partner in der Region aufgebaut. Milliardeninvestitionen in den NATO-Stützpunkt auf Kreta und der Ausbau des Hafens von Alexandroupolis in der Nähe der Dardanellen zeugen von der verstärkten Präsenz von US-Verbänden in der Ägäis. Ziel dort ist es, sowohl Russland den Zugang zum Mittelmeer zu verwehren als auch abschreckend auf die Türkei einzuwirken.

Sechstens steigt mit einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen EU und Türkei die Wahrscheinlichkeit weiterer staatlich organisierter oder zumindest geduldeter Migrationsbewegungen an den Außengrenzen der EU. Die Türkei hat bereits 2020 am Fluss Evros direkt und 2021 gemeinsam mit Russland und Weißrussland indirekt Migration als hybride Maßnahme zur Durchsetzung politischer Ziele angewandt. Dieses Mittel wird nicht nur als diplomatische Zwangsmaßnahme und zur Verschlechterung der Sicherheitslage an den Grenzen, sondern vor allem zur Polarisierung der Zielgesellschaften genutzt.

Siebtens hätte ein Konflikt in der Ägäis gravierende Folgen für die Energiesicherheit in Europa, da das südliche Pipelinenetz größtenteils durch die Türkei verläuft. In Kombination mit der Reduktion russischer Importe würde ein weiteres Zerwürfnis der EU mit der Türkei die Gasversorgung aus dem Kaukasus und Zentralasien unterbrechen. Auch wären zentrale Seerouten im östlichen Mittelmeer bedroht und der Seehandel könnte zumindest zeitweise zum Erliegen kommen. Bestehende LNG-Terminals in der Region, die elementar zur Reduktion der Abhängigkeit von Russland beitragen und das europäische Pipelinenetz beliefern, wären, mit nicht abschätzbarem volkswirtschaftlichem Schaden, empfindlich gestört.

Achtens wird Ankaras Aspiration, zum regionalen Hegemon aufzusteigen, durch eine Duldung aggressiver türkischer Außenpolitik gestärkt. Als Folge würde die Türkei auch in Libyen, Syrien, dem Nord-Irak und im Kaukasus stärker ihre eigenen, zur EU und NATO konträren Interessen durchsetzen.



Handlungsempfehlungen zu möglichen Beiträgen Deutschlands

Die geschlossene Reaktion des Westens auf die russische Invasion konnte bisher einen Konfliktausbruch in der Ägäis verzögern. Um dies auch in Zukunft zu verhindern, sollte Deutschland gemeinsam mit Partnern folgende sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen in Erwägung ziehen.

Deutschland fungierte bisher vor allem in der Rolle eines Mediators und versuchte zwischen Griechenland und der Türkei zu vermitteln. Die Euro- und Flüchtlingskrise dominierten jedoch das politische Wirkungsfeld. Aufgrund der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei hat Deutschland seit Ende 2021 die Rolle als zentraler Mediator aber auch als primärer Rüstungspartner in der Region abgelegt. Die neue Rolle eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, das Risiko eines Konflikts zu reduzieren.

Zunächst müsste zur Steigerung der Abschreckungsfähigkeit in Südosteuropa Deutschland in eine engere Kooperation mit Frankreich und Griechenland treten. Paris und Athen haben in Anbetracht der türkischen Forderungen ein gegenseitiges Verteidigungsabkommen gezeichnet, dem Berlin beitreten könnte. Dadurch würden nicht nur die Sicherung der energiepolitisch kritischen Infrastrukturen, geostrategischen Seewege und maritimen Nadelöhre verbessert, sondern auch russische und türkische Aktivitäten im östlichen Mittelmeer reduziert. Dies könnte durch eine Präsenz von EU-Kontingenten zum militärischen Schutz der EU-Außengrenzen und zur Wahrung der territorialen Integrität der Mitgliedsstaaten vollzogen werden. Auch müssten Maßnahmen zum Schutz der EEZ der EU-Staaten zur Wahrung der EU-Interessensphären stärker verfolgt werden.

Zudem könnte Berlin dadurch die USA, Frankreich und Griechenland, die derzeit das Gros der Abschreckungsaufgaben gegenüber Russland und der Türkei in der Region übernehmen, materiell und personell unterstützen. Dies würde auch die USA im östlichen Mittelmeer entlasten.

Darüber hinaus können deutsche Rüstungsexporte stärker als bisher an Bedingungen wie Rechtsstaatlichkeit, Völkerrechtskonformität und die Wahrung der Menschenrechte geknüpft werden. Dies sollte auch bereits genehmigte Exporte und Lizenzen an die Türkei wie beispielsweise die sechs Typ 214 U-Boote betreffen.

Ebenso erweist sich der derzeit stattfindende Ringtausch mit Griechenland als mögliches Mittel, auch zukünftig die Verteidigungsfähigkeiten der Staaten an den

EU-Außengrenzen weiter zu stärken. Im Bereich der Abwehr von hybriden Bedrohungen sollte ein bi- oder trilaterales Pilotprojekt zwischen Deutschland, Frankreich und Griechenland aufgesetzt werden. Aufgrund der beschriebenen komplexen Herausforderungen in der Ägäis eignet sich die Region für multidimensionale Einsätze im Rahmen multilateraler Kooperation zur Erprobung des Zusammenspiels von Streitkräften mit EU-Diensten wie Frontex sowie lokalen und zivilen Akteuren.

Um die energiepolitische Verwundbarkeit Deutschlands zu reduzieren und um kritische Infrastruktur wie Häfen, LNG-Terminals oder Pipelines besser zu schützen, könnte darüber hinaus der Aufbau einer EU-weiten Eingreiftruppe zum Schutz der kritischen Infrastruktur in der Region angestoßen werden. Als europäische Führungsnationen können Deutschland und Frankreich so gemeinsam den Kern einer *EU Resilience Task Force* aufbauen.

Auch die bilaterale Kooperation der Bundeswehr mit den griechischen Streitkräften sollte über die bestehenden NATO und EU-Verfahren ausgebaut werden. Dazu gehören Forschungsk Kooperationen im Bereich der gemeinsamen Rüstungspolitik und Abwehr hybrider Bedrohungen aber auch zur Krisenfrüherkennung und strategischen Vorausschau.

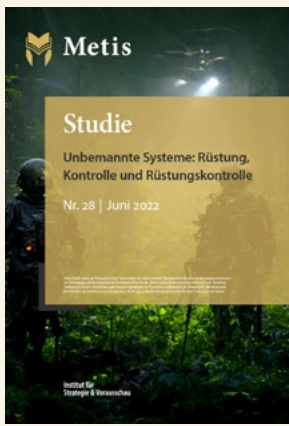
Des Weiteren sollte sich Deutschland, als primärer Importeur, an den zukünftigen Pipelineprojekten, die die Türkei umgehen (zum Beispiel *EastMed-Pipeline*), intensiv beteiligen, um somit die Abhängigkeit gegenüber Russland langfristig zu reduzieren.

Im Hinblick auf die Türkei sind die Optionen derzeit überschaubar, da sich Ankara sowohl politisch und militärisch, als auch wirtschaftlich diametral zum Westen positioniert. Trotz der traditionell guten Beziehungen akzeptiert Ankara derzeit weder aus Berlin noch Washington Positionen und sorgt oftmals für diplomatische Verstimmungen. Der innenpolitische Druck sowie die schwerwiegende Finanzkrise in der Türkei zwingen die Erdogan-Regierung dazu, durch außenpolitische Erfolge um das konservative Lager zu werben. Daher ist zu erwarten, dass diplomatische Initiativen des Westens, insbesondere jene der USA, Deutschlands und Frankreichs, auf keine positive Resonanz stoßen werden. Letztlich bleibt aus europäischer Sicht lediglich der Versuch, durch Sanktionen einen Konfliktausbruch zu verhindern. Langfristig müssten die EU und NATO bereits jetzt für eine Zeit nach der Regierung Erdogan planen und eine zukünftige Reintegration der Türkei in die westlichen Bündnisse anstreben.



Metis Publikationen

Bisher ebenfalls erschienen und zu finden auf
der Metis Website unter metis.unibw.de



IMPRESSUM**Herausgeber**

Metis Institut
für Strategie und Vorausschau
Universität der Bundeswehr München
Web: metis.unibw.de
Twitter: @metis_institut

Autor

Dr. Konstantinos Tsetos
metis@unibw.de

Creative Director

Christoph Ph. Nick, M. A.
c-studios.net

Bildnachweis

Titel: Boba Jaglicic auf Unsplash

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International zugänglich.

